

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«

– Karl Marx



# WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 9 17. Dezember

## Arabische Revolution am Scheideweg?



Mit dem ersten Wahlgang des Referendums über eine neue ägyptische Verfassung an diesem Wochenende zeichnet sich ab, dass Präsident Mursi und seine Muslimbrüder ihren Entwurf wahrscheinlich knapp durchsetzen können. Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung lässt daraus jedoch keine breite Unterstützung der Bevölkerung ableiten. Besonders in den großen Städten war stattdessen eine knappe Mehrheit gegen den Entwurf. Die Opposition, die zu großen Teilen aus den Demonstrant\*innen vom Tahrir-Platz besteht, rannte Sturm gegen diese Verfassung.

In den letzten Wochen war so eine neue Bewegung des Massenprotestes, diesmal gegen die Regierung Mursis, entstanden, nachdem dieser mit einem Dekret die Befugnisse der Richter eingeschränkt hatte. Normalerweise wäre das kein Problem, denn die Entmachtung der Justiz des alten Regimes (also der Diktatur Mubaraks) ist eine demokratische Aufgabe jeder Revolution. Doch in diesem Fall argwöhnten die Demonstrant\*innen, Mursi wolle vielmehr seine eigene, persönliche Macht stärken und sich jeder Kontrolle entziehen. Wohl zu Recht, denn die gemäßigt islamistische Muslimbruderschaft war zwar über Jahrzehnte ebenfalls Opfer des repressiven Mubarak-Regimes, war aber nie treibende Kraft des Umsturzes, sondern hatte sich erst spät an die Kämpfe von hunderttausenden Arbeiter\*innen und Jugendlichen herangehängt.

Dabei zeigten sich anhand dieser Protestbewegung die Fronten in Sachen „Arabischer Frühling“: Die bürgerliche Presse der imperialistischen Länder weinte Krokodilstränen für die „Demokratie“ (weil die Justiz eines diktatorischen Regimes entmachtet werden sollte!), während die Regierungen dieser Länder darauf hinwiesen, was für ein verlässlicher Partner Mursi doch sei. In Ägypten griffen Muslimbrüder, den Schergen Mubaraks gleich, Protestierende mit brutaler Gewalt an. An den Anti-Mursi-Demos

nahmen dabei auch die Anhänger\*innen des alten Regimes teil. Gleichzeitig aber standen auch die fortschrittlichen Kräfte wieder auf. Tagelang war beispielsweise erneut der Tahrirplatz von tausenden Jugendlichen und Arbeiter\*innen besetzt. Sie lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei und eben der Muslimbruderschaft. Mursi setzte während dieser Tage sogar durch, dass auch die Armee Menschen festnehmen kann. In vielen Industriezentren Ägyptens gab es heftige Zusammenstöße. In Mahalla, Zentrum der ägyptischen Textilindustrie, haben ägyptischen Zeitungsberichten zufolge Arbeiter\*innen und oppositionelle Aktivist\*innen sogar die Stadtverwaltung besetzt, einen „Revolutionären Rat“ gebildet und ihre Unabhängigkeit von der Regierung Mursi erklärt!

Schon in den Jahren vor dem Umsturz hatten die Arbeiter\*innen Ägyptens und speziell Mahallas durch eine große Streikwelle dem Regime Mubaraks empfindliche Stöße versetzt. Die mutigsten und entschlossensten Teile dieser Bewegung stellten – entgegen der Vorurteile vieler Menschen in den wohlhabenden Ländern – vor allem Frauen wie die Textilarbeiterinnen von Mahalla. Sie bereiteten schon 2006 mit beispielhaften Streiks die entscheidenden Kämpfe des Arabischen Frühlings vor.

In Ägypten gibt es seitdem den Spruch: „Achtung: Mahalla!“ Er weist darauf hin, wer den Kampf gegen Unterdrückung und Entrechtung begonnen hat und in diesem Moment vorantreibt: Es ist die Arbeiter\*innenklasse, angeführt von ihren am meisten entrechteten Teilen. Allein diese Klasse ist in der Lage, im Bündnis mit der Jugend und den unterdrückten und ausgebeuteten Massen Ägypten von den diktatorischen und ausbeuterischen Regimes zu befreien. Es sind nicht die Schergen der alten Regimes, nicht die Islamist\*innen und erst Recht nicht die imperialistischen Länder!

### Gegen Prekarisierung – an der Uni und überall!

Als **WAFFENDERKRITIK** treten wir immer wieder für die Notwendigkeit der Einheit von Studierenden und Arbeitenden in- und außerhalb der Universität ein. Nur gemeinsam können wir die immer größere Prekarisierung zurückschlagen, unter der Studierende und Arbeitende verstärkt zu leiden haben.

So haben wir in den vergangenen Semestern u.a. den langen Streik der Beschäftigten der Servicegesellschaft CFM am Berliner Uniklinikum Charité mit Solidaritätsdelegationen, gemeinsamen Streikposten und gemeinsamen Demonstrationen unterstützt. An der Charité bahnt sich für Anfang nächsten Jahres ein neuer Konflikt an, für den wir an den Berliner Universitäten Solidaritätskomitees aufbauen wollen.

Und noch ein weiterer Kampf steht für 2013 in den Startlöchern: Im Herbst gründete sich eine bundesweite Initiative von Lehrbeauftragten der Sprachenzentren an den Universitäten. Ihre Situation ist noch prekärer, da sie häufig nur von Semester zu Semester Arbeitsverträge bekommen, so dass jeder Protest ganz legal mit der Nichtverlängerung der Verträge beantwortet werden kann. Daher ist die Solidarität von studentischer Seite noch wichtiger, denn wir können als Studierende solidarische Aktionen organisieren, ohne dass sich die Lehrbeauftragten selbst in Gefahr begeben müssen.

Deswegen: **Für die Einheit von Studierenden und Arbeitenden!**

**WAFFENDERKRITIK** tritt bei den Wahlen zum Studierendenparlament der FU Berlin an!

Geld an Amnesty spenden? Oder an Greenpeace? Wie wäre es mit einer Spende für streikende Bergarbeiter\*innen in Südafrika?

Jeweils mehr Infos auf unserer Website...  
**WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM**

Herausgegeben von  
**R10** und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

**WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM**

# ABC des Marxismus

## I wie Imperialismus

Soldat\*innen der NATO halten weltweit Länder besetzt. Das ist Imperialismus. Aber was bedeutet der Begriff „Imperialismus“ eigentlich?

Imperialistische Außenpolitik entspricht einem bestimmten Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus. Die ursprüngliche Entstehung des modernen Großkapitals schuf den Nationalstaat. Dies diente dem Binnenmarkt nach Innen und oftmals der bloßen wirtschaftlichen Schutzpolitik gegen ausländische Konkurrenz nach Außen.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts trat die Entwicklung des Kapitalismus in ein neues Stadium ein.

Der interne Binnenmarkt war nicht mehr genug. Die ewige Konkurrenz um Profit, trieb die nationalen Kapitalist\*innen über die Grenzen ihrer jeweiligen Staatsgebiete hinaus. Sie schufen Kolonien und verursachten zwei Weltkriege.

Dabei ist Imperialismus nicht nur militärische Besatzung. Imperialismus ist auch deutsche Europapolitik, wie wir sie gerade erleben: Die Ausgestaltung des europäischen Kontinents nach den wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals.

Die EU ist deswegen ein imperialistisches Projekt und scheitert gerade an den wider-

sprüchlichen Interessen der bürgerlichen Nationalstaaten. Ein vereintes Europa ist im Kapitalismus nur möglich, wenn die herrschende Klasse einer Nation alle anderen Nationen unterwirft.

Wirkliche internationalistische und friedliche Einheit Europas ist dagegen nur im revolutionären Kampf gegen die EU und für die *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* zu erreichen. Daher dürfen wir keine Illusionen in reformistische Parteien wie SYRIZA haben. Vor allem muss unsere Parole jedoch lauten: **Gegen den deutschen Imperialismus! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**



## Faschismus verbieten?

Anfang des Monats haben die deutschen Innenminister\*innen sich dafür ausgesprochen, ein neues Verfahren zum Verbot der NPD zu starten. Der letzte Versuch vor knapp zehn Jahren scheiterte daran, dass es bis in die Führungsebenen der Partei zu viele staatlich bezahlte Parteimitglieder (V-Leute) gab, um die „Verfassungswidrigkeit“ der Partei nachzuweisen.

Mit dem erneuten Vorstoß versucht der deutsche Staat nun, von seiner Mitschuld an den Morden der NSU abzulenken und sich einen antifaschistischen Anstrich zu geben. Angesichts des rassistischen Diskurses deutscher Politiker\*innen gegenüber Asylsuchenden oder angeblich „faule Griechen“ ist dies jedoch blanker Hohn.

Um faschistische Parteien tatsächlich zurückzuschlagen, dürfen wir uns nicht auf den bürgerlichen Staat verlassen. Ein Verbot der NPD würde dem Faschismus keinesfalls den realen Nährboden entziehen: Soziales Elend und die Konkurrenz zwischen Nationalstaaten wie zwischen Individuen sind untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden und führen immer wieder zum Erstarken rechter Kräfte.

Eine starke antifaschistische Bewegung muss also eine antikapitalistische Perspektive haben und den konkreten Kampf auf der Straße und in den Betrieben vorantreiben. So könnten schon fünf streikende Lokführer\*innen ausreichen, um einen Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Nur die selbstorganisierten Unterdrückten, Arbeiter\*innen und Jugendlichen sind in der Lage, sich konsequent gegen faschistische Organisationen zur Wehr zu setzen und linke, migrantische und gewerkschaftliche Einrichtungen zu schützen.

**WAFFENDERKRITIK** wird auf offenen Treffen erarbeitet:

An der **FU Berlin** jeden **Donnerstag** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube).

An der **Uni Potsdam** jeden **Mittwoch** um **16 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang im Haus 6.

Sprecht uns an oder schreibt uns: ✉ [waffenderkritik@riseup.net](mailto:waffenderkritik@riseup.net)

## Gegen Homophobie!

Homophobie macht vermehrt Schlagzeilen: Merkel spricht sich gegen die Gleichstellung homosexueller Ehen aus. In Frankreich gibt es homophobe Massenmobilisierungen gegen Gleichstellungsbemühungen. In Kiev wurde eine Demonstration Homosexueller angegriffen.

Homophobie ist die Diskriminierung von homosexuellen Menschen, ihren Lebensweisen und Beziehungen. Homophobie, Heterosexismus und Sexismus entspringen historisch aus der Verteidigung der bürgerlichen Familie. Diese besteht aus der patriarchalen Vorherrschaft des Mannes und der Zwangsmonogamie für die Frau. Sie diente ursprünglich der Sicherung der ersten Anhäufung und Konzentration von Reichtum in der aufkommenden Marktwirtschaft. Jedoch ist die bürgerliche Familie heute keine Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals mehr. Dies bedeutet, dass an Stelle der materiellen Notwendigkeit nur noch der ideelle Wahnsinn erbürgerlicher Reaktionäre überlebt hat.

Im Kampf um die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft treten wir für Einheit der lohnabhängigen Klasse und gegen jede homophobe oder sexistische Spaltung ein. Es ist kein Wunder, dass Homophobie sowie anderer Chauvinismus gerade in Zeiten der kapitalistischen Krise geschürt wird.

Der Kampf für rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung muss geführt werden. In letzter Konsequenz wird jedoch nur eine sozialistische Revolution die Grundlagen für eine wirkliche Gleichberechtigung verschiedener sexueller Lebensweisen bieten.

Der Kapitalismus produziert immer wieder Krisen.

Zur politischen Bewältigung dieser Krisen erhält er chauvinistische Ideologien am Leben.

Dagegen versuchen wir eine revolutionäre Gender-Politik zu entwickeln.

Aus der Reihe:

**Linker Feminismus und Genderpolitik**



Herausgegeben von

**R10** und unabhängigen Studierenden

**WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM**

VSdP: R. Müller, Hamburg